

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Abteilen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (mit Haus 2 RM, halbm. 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM, (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfach: Dresden Nr. 15690, Dresdener Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-L. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die normal gewöhnliche Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restanzeige anschließend an den dreißigsten Teil einer Zeile 1,25 RM, Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Freitag, den 17. Juni 1927

Nummer 139

Abbruch in Genf

Keine Verständigung über den Landsofnachtsold an Deutschland

Briand's „franfes“ Auge

Ebenso überraschend, wie gestern Stresemanns Kapitulation auf die englischen Versprechungen hin erfolgte, erfolgte heute der Abbruch der Genfer Konferenz, da augenscheinlich die Vertreter Frankreichs nicht gewillt waren, aus ihrer Tasche für England den von den Deutschen geforderten Preis zu zahlen. Briand hat die Konferenz, ohne noch einmal mit den anderen Delegierten zu sprechen, verlassen und ist nach Paris zurückgekehrt, angeblich, weil er ein „entzündetes Auge“ bekommen hat und verhandlungsunfähig geworden ist. In Wirklichkeit zeigen aber die französischen Pressekommentare, soweit sie bis jetzt vorliegen, daß der Grund seiner Abreise der französische Widerstand war, den englischen Vereinigungsbestrebungen gegen die Sowjetunion, für die fast allein Frankreich hätte aus seiner Tasche bezahlen sollen, nachzugeben.

Die deutsche Abendpresse nimmt denn auch in fetten Schlagzeilen ganz offen zu dem für sie enttäuschenden Ergebnis der Konferenz offene Stellung. Das Berliner Tageblatt schreibt: „Die Genfer Konferenz ohne Ergebnis“, das Ergebnis der dreitägigen Besprechung ist sehr gering, positive Resultate sind bisher nicht erzielt. Ob man in Genf überhaupt noch zu praktischen Entscheidungen gelangt, ist höchst ungewiß. In dieser Bilanz kann all das, was man in das Kommuniqué hineingekramt hat, nichts ändern.“ Und an einer anderen Stelle des Telegramms wird ausgeplaudert, daß bei der gemeinsamen Abfassung des Kommuniqués lebhaft Auseinandersetzungen entstanden, und lange Zeit zur Abfassung gebraucht wurde, deshalb: „da von einer Seite selbst dieser dürftige Inhalt des Kommuniqués immer noch als zu weitgehend bezeichnet wurde.“ (Als diese „Seite“ ist unloscher Briand zu erkennen.)

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: „Dr. Stresemann hat Briand vor seiner Abreise nicht mehr sehen können. Diese Tatsache wird höchstes Aufsehen erregen. Wir sind nicht geneigt, sie ohne weiteres politisch auszubuten, aber es ist rein sachlich eine ernste Situation entstanden, die Stunde erfordert einige schwerwiegende Feststellungen. Die Krankheit des französischen Außenministers... ist tatsächlich vorhanden, wenn sie ihm auch politisch recht gelegen kam... Ohne solche Sentimentalität werden wir in kurzer Frist sofort nach Genf die France prüfen müssen, ob es mit Frankreich überhaupt noch andere Möglichkeiten des Weiterkommens gibt, ob die in der Regierung der Konzentration tatsächlich führenden mächtigen Kräfte (gemeint ist Poincaré) das von Briand begonnene Werk übernehmen und fortsetzen. Heraus aus den Halbheiten und Unwahrhaftigkeiten. Das Verhältnis zwischen Deutschland und

Frankreich kann nicht mehr so bleiben, wie es ist. Es muß viel besser oder viel schlechter werden.“

In dem Artikel wird dann in ähnlichem Tone aufgeregt über die nur „prinzipiellen“ Zustände Frankreichs in der Räumungsfrage geredet, mit denen man verzeuelt wenig praktisch anfangen könne.“ Und der Artikel schließt: „Mit diesen Erwartungen und Hoffnungen ist wohl aus Deutschland niemand zu dieser Tagung des Völkerbundes gekommen. Aber daß das Ergebnis so düstern sein würde, ist doch nichts weniger als selbstverständlich. Weber alle Einzelheiten der diplomatischen Parcouren... erhebt sich in ihrer neuen Bedeutung die Frage nach dem zukünftigen deutsch-französischen Verhältnis. Herr Poincaré hat den Schlüssel für die Zukunft Deutschlands in der Hand.“ Noch schärfer schreibt naturgemäß die Deutschnationale Zeitung. Sie lobt über den völkischen Witz in Genf, über die Komödie, die an Väterlichkeit nicht überboten werden kann, und so weiter.

Diese neue überraschende Wendung in Genf darf die Arbeiter nicht dazu verleiten, etwa die Kriegergefahr als befeitigt anzusehen. Es ist diesmal dem englischen Imperialismus, weil er für seine Politik nicht die Opfer bringen wollte, nur gelungen, die deutschen Vertreter für sich zu gewinnen. Stresemann hat gezeigt, daß er bereit ist, mit den englischen Vertretern durch die dick und dünn zu gehen. Wenn jetzt ein Rückschlag eintritt, so ist es nur darauf zurückzuführen, daß durch die Haltung Frankreichs die Hoffnungen der deutschen Bourgeoisie noch einmal zunichte wurden. So zum Beispiel muß bemerkt werden, daß die Reichsregierung schon heute eine Besprechung mit Tschitschew in vor seiner Abreise nach Rußland hatte. Aber es wäre ganz falsch, daraus den Schluß zu ziehen, was vermutlich die Sozialdemokratie tun wird, daß jetzt alles auf dem besten Wege zur Verständigung ist. Der Genfer Mißerfolg, der Kriegergefahr von heute, kann morgen — und dies beweist immer wieder die Haltung Stresemanns — zu dem Ergebnis führen, das diesmal noch nicht erreicht wurde.

Trotz dieses Mißerfolges hält man es nach der DZ für möglich, daß die Mächte sich darauf einigen werden, daß Dr. Stresemann in freundschaftlicher Weise Tschitschew die Mitteilung zukommen lasse, daß die Attitüden der 3. Internationale dem Freiliche Sowjetrußlands Abbruch tun.“

Diese Auffassung der DZ wird bestätigt durch den Pariser Korrespondenten des Berliner Tageblattes in folgendem: „Alle Mächte legen sich darüber einig, daß eine jede Regierung sich innerhalb der Grenzen ihres Landes gegen die bolschewistische Propaganda kämpfen müsse, aber die Methoden blieben dem Ermessen der einzelnen Regierungen überlassen.“

Wenn auch England in Genf nicht den erwünschten Erfolg herbeiführen vermochte, wird ein verklärtes Vergessen gegen die revolutionäre und ständemännliche Arbeiterschaft, sowie ihre Organisationen in allen kapitalistischen Ländern und nicht zuletzt auch in Deutschland, im Interesse der englischen Politik gegen die Sowjetunion liegen. Eine solche Auswirkung nach der Genfer Tagung kann von England als ein Erfolg der Genfer Zusammenkunft betrachtet werden.

Keine Landtagsauflösung

Volles Vertrauen des Bürgerblocks für Heldt

In der gestrigen Landtagsitzung standen als erster Punkt der Tagesordnung der Mißtrauensantrag der SPD gegen den Ministerpräsidenten Heldt und der von der kommunistischen Fraktion eingebrachte Antrag auf Auflösung des Landtages zur Behandlung.

Der sozialdemokratische Mißtrauensantrag gegen Heldt wurde mit 49 gegen 46 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten abgelehnt. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde auch der Auflösungsantrag der Kommunisten verworfen.

Bei der Begründung des kommunistischen Antrages auf Auflösung nahm der Genosse Paul Wötcher in einer groß angelegten Rede zu der Regierungskrise in Sachsen Stellung und kennzeichnete den Schaden um die Ministerposten und die Krise der Bürgerblockregierung als einen trefflichen Anschauungsunterricht über Parlamentarismus und bürgerliche Demokratie. Der Kuhhandel um das Zustandbringen einer neuen Bürgerblockregierung sei in der Wirkung nichts anderes als eine politische Donauklotzerie, die letzten Endes nur darauf hinauslaufe, welche parlamentarische Scheibudenfigur auf dem politischen Jahrmarkt der Gemüterregulierung des Kleinbürgers serviert werden soll. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen rechnete Genosse Wötcher mit der feigen Haltung der „linken“ Führer der SPD in Sachsen ab. Er verwies auf das Verhalten der „linken“ Führer auf dem Kleiner Parteitag und auf das Einverständnis der sächsischen „linken“ mit der Koalitionspolitik des Parteivorstandes, die für die sozialdemokratischen Führer in Sachsen nichts anderes als eine sogenannte „Zweckmäßigkeitfrage“ ist. Der ganze Kampf gegen diese Bürgerblockregierung in Sachsen

und für die Auflösung des Landtages ist ein außerparlamentarischer Kampf. Das, was sich in diesem parlamentarischen Prozedere abspielt, ist nur eine Verhüllung für diejenigen, die noch den bürgerlichen Parteien und dem Reformismus nachlaufen, und da glauben, als habe das Volk wirklich das Recht, demokratisch mitzugeregieren. Die Maßnahmen des Landtages sind nichts anderes als die parlamentarische Kulisse für die bürgerliche Diktatur. Die Politik in Sachsen wird in Wirklichkeit von dem Verband sächsischer Industrieller bestimmt. Die Arbeiterschaft darf sich keiner parlamentarisch-demokratischen Illusion hingeben. Die Beilegung der Bürgerblockregierung in Sachsen und die Auflösung des Landtages kann nur im außerparlamentarischen Kampf der Arbeitermassen in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in der breiten Front aller Werktätigen unter der Führung der Kommunisten erzwungen werden.

Todesurteil gegen einen englischen Spion

Berlin, 16. Juni. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Das Militärtribunal in Kronstadt verurteilte den ehemaligen Flottenkommandant Krepilow wegen Spionage zugunsten Englands zum Tode und seine Frau wegen Beihilfe zu 3 Jahren Gefängnis. Krepilow verlor die Vertreter des englischen Geheimdienstes mit Geheimberichten über die Zustände der Kriegsmarinekräfte in der Sowjetunion, besonders der Flotte. Er hat seine Spionagetätigkeit eingestanden.

Betrieb im Reichstag

Polizist, Kulturreaktion, soziale Entrechtung, Stärkung der Klassenjustiz, Krieg gegen Rußland! Das Programm des Bürgerblocks.

Von Siegfried Häbel, M. d. R.

Am 14. d. M. trat der Reichstag nach den Winglyferien wieder zu sammen. Damit begann die Sommer-tagung, die wahrscheinlich Mitte oder Ende Juli ihr Ende finden wird.

Das Programm, das der Reichstag bis zur großen Sommerpause, gemäß dem Wunsch der Bürgerblockregie-rung, zu erledigen hat, ist so umfangreich, daß es den Regisseuren des großen parlamentarischen Theaters aller-hand Anstrengungen kosten wird, die „Ritze“ zu schließen.

In den Kreisen der Bürgerblockparteien scheint man jedoch keine Sorge zu haben, daß die reaktionäre Geheles-maschine ins Stocken geraten könnte. Der hier schillig zur Schau getragene Optimismus gründet sich auf die Erfahrung, daß es auch in anderen Fällen möglich war, mit Hilfe der Verkürzung der Redezeit, mit Hilfe der Geschäftsordnung, im Falle kommunistischer Obstruk-tionen, und vor allen Dingen mit Unterstützung der sozial-demokratischen Fraktion, die gesteckten Ziele zu erreichen. Es sei in diesem Zusammenhang nur erinnert an die Ab-wägung der kommunistischen Opposition anlässlich der Zoll- und Steuerkämpfe im Jahre 1925.

Wie im Jahre 1925, stehen auch in diesem Jahre die Zollfragen wieder im Vordergrund. Am 30. Juli läuft das provisorische Zolltarifgesetz ab. Die Bürgerblock-regierung gedenkt nun dasselbe bis zum Jahre 1930 zu verlängern, dabei jedoch einige Veränderungen, entspre-chend den Forderungen der Junfer vorzunehmen. Die Ver-längerung des Zolltarifgesetzes bis zum Jahre 1930 würde bedeuten, daß das gegenwärtige Provisorium zum endgültigen Zustand wird, den sich die Trustkapitalisten und Jun-fer schon gefallen lassen können, brachten ihnen doch die im Jahre 1925 beschlossenen 30% alljährlich einen Wucher-gewinn von ca. einer Milliarde Mark ein. Aber wie schon bemerkt, genügt den Zollräuben dieser Riesengewinn noch nicht, sie wollen mehr. Die Junfer fordern weitere Er-höhung der Agrarzölle.

Unbestimmt um das immer größer werdende Miß-verhältnis zwischen Einkommen und Lebenshaltungskosten der Arbeiterschaft, rückwärts los über die große Not der Erwerbslosen, der Sozialrentner usw. hinwegsehend, sind die Pläne der Junfer auf die weitere Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel gerichtet.

Zollheit und Verbrechen, beides zusammen ist der Plan den Zoll auf Kartoffeln von 50 Pf. auf 2 Mark zu erhöhen, also zu verdreifachen. In der Tat: die kapitalistischen Blutegel vertilgen ihr Geschäft.

Des weiteren soll der Zuderzoll um 50 Prozent erhöht werden, und die jetzt schon arg beschränkte zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch soll ganz wegfallen.

Neben der weiteren Auswucherung der Wertlügen wird mit allen Kräften die soziale Entrechtung betrieben. Anknüpfend an das im April beschlossene reaktionäre Arbeitszeitgesetz haben die Bürgerblockparteien ein besonderes Gesetz vorgelegt, nach dem die für die Wäde-reien geltenden Arbeitszeitbestimmungen aufgehoben werden sollen. Es soll im Bäckergewerbe die 80-Stundenwoche und die Sonntagarbeit wieder eingeführt werden. Die erste Lesung dieses Gesetzes steht bevor.

Den schwersten Schlag gegen die sozialen Rechte der Arbeiterschaft bedeutet zweifellos das Arbeitslosen-verseicherungsgesetz, das ebenfalls bis zur Sommer-pause verabschiedet werden soll, um am 1. Oktober in Kraft zu treten. Vor einigen Tagen wurde im Sozial-politischen Ausschuh die erste Lesung über dies umfang-reiche Gesetz beendet, in dem jeder Paragraph den arbeit-ferndlichen Charakter vertritt. Die Ausschuhverhandlungen haben keine Verbesserungen des Gesetzes gebracht, der be-reits mehrfach gekennzeichnete Charakter ist derselbe ge-blieben. Wenn die Bürgerblockparteien glauben, in den wenigen Wochen bis zur Sommerpause dieses Gesetz durch-zusetzen zu können, so deshalb, weil sie dabei der wohl-wollenden Unterstützung der Sozialdemokraten sicher sind. Die Sozialdemokraten haben mehrfach ihre grundsätz-liche Zustimmung zu diesem Gesetz zu erkennen ge-gaben und des öfteren betont, daß sie ebenfalls für eine schnelle Erledigung sind. Sie stehen in einer Front mit dem Bürgerblock gegen die das Gesetz bekämpfenden Ar-beitermassen.

Der Bedeutung der sozialpolitischen Fragen eben-bürtig sind die Kulturfragen. Dank des Widerstandes der Sozialdemokratie gegen jeden außerparlame-tarischen Kampf hat auf diesem Gebiete die Reaktion in letzter Zeit unerschütterte Triumphe feiern können. Das Schmutz- und Schundgesetz des Herrn Käpfer sowie das Ge-setz zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten haben sich bereits als ausgezeichnete Mittel erwiesen zur Ausbeutung